

Petition gegen Flächenfraß: Bürger fordern Schutz für Ackerland im BLK

Droht der Verlust von 450 Hektar fruchtbarem Ackerland im Burgenlandkreis für ein Gewerbegebiet? Betroffene Bürger wehren sich.

Die Region Burgenlandkreis steht vor einer entscheidenden Auseinandersetzung bezüglich der Nutzung fruchtbarer Ackerflächen. Angesichts der Pläne zur Ansiedlung eines interkommunalen Gewerbegebiets auf bis zu 450 Hektar Ackerland in den Städten Lützen, Hohenmölsen, Teuchern und Weißenfels, brodelt es in der Bevölkerung.

Die Reaktion der Bürger

Ein bemerkenswerter Widerstand formiert sich unter den betroffenen Bürgern, die eine Petition initiiert haben. Diese richtet sich unter anderem an den Landtag von Sachsen-Anhalt sowie an verschiedene Entscheidungsträger wie Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff und Landrat Götz Ulrich. Ziel der Petition mit dem Titel „STOP zum Flächenfraß im BLK an B91/A9 – FÜR sinnvollen Strukturwandel“ ist es, die geplanten Vorhaben zu stoppen.

Die Stellungnahme der Landwirtschaft

Die hiesigen Landwirte sind alarmiert und sehen die Pläne als eine Verschwendung wertvoller Ressourcen an. „Statt bester Ackerflächen sollten degenerierte Böden und Industriebrache für zukünftige Gewerbe genutzt werden“, äußerte sich ein Vertreter der Agrargenossenschaften. Es wird betont, dass die

großflächige Versiegelung dieser fruchtbaren Flächen nicht nur landwirtschaftliche, sondern auch ökologische Konsequenzen haben könnte, die den Hochwasserschutz und die Grundwasserneubildung betreffen.

Hintergrund der Entscheidung

Die Hintergründe dieser drastischen Planung sind eng mit dem Ausstieg aus der Kohlenutzung verbunden, der die Region vor große Herausforderungen beim Strukturwandel stellt. Statt jedoch auf den Erhalt und die Förderung der fruchtbaren Flächen zu setzen, scheint die Strategie auf Industrialisierung ausgerichtet zu sein. Diese Widersprüche werfen Fragen zur nachhaltigen Entwicklung der Region auf.

Potenzielle Folgen für die Region

Die Versiegelung von Agrarflächen hat nicht nur Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Erzeugung, sondern könnte auch die Lebensqualität in der Region nachhaltig beeinträchtigen. Bei dem geplanten Gewerbegebiet handelt es sich um eine Entscheidung, die mit weitreichenden Folgen für die Umwelt einhergeht. In einer Zeit, in der die Erhaltung natürlicher Flächen und eine nachhaltige Landwirtschaft immer wichtiger werden, scheinen die Pläne der Politik widersprüchlich und nicht zukunftsfähig.

Der Aufruf zum Handeln

Die Erhaltung der Ackerflächen ist nicht nur für die Landwirte persönlich von Bedeutung, sondern für die gesamte Gesellschaft. Daher ist es unabdingbar, dass Entscheidungen transparent kommuniziert werden und die Stimmen der Bürger Gehör finden. Die Agrargenossenschaften und Bürgerinitiativen fordern mehr Aufmerksamkeit für nachhaltige Lösungen statt kurzfristiger industrieller Profitstreben.

Der Burgenlandkreis steht an einem Wendepunkt – es bleibt abzuwarten, welche Entscheidungen letztlich getroffen werden und in welchem Maße die Bürger an dieser wichtigen Debatte beteiligt werden.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)